

Mit dem 40. Jahrestag kam die Wende

Der Umbruch in der DDR und der Beitrag der Kirchen dazu

In einem Tempo und in einer Ereignisdichte, wie es vor kurzem weder von den Menschen in der DDR noch von Politikern in Ost und West für möglich gehalten wurde, ist die Entwicklung in der DDR im Umfeld ihres 40. Gründungstages (7. Oktober) in Bewegung geraten. Wohl niemand kann glaubhaft sagen, er sei darauf vorbereitet gewesen, daß dort ein derartig stürmischer, friedlich-revolutionärer Prozeß beginnen konnte und daß die endgültig entschieden geglaubte Machtfrage neu gestellt wird.

Die Entwicklung ist in gewisser Weise paradox: nachdem dem Honecker-Regime in der DDR sein weltweiter Anerkennungsdurchbruch gelungen war, zeigte sich bald, daß seine Akzeptanz bei der Bevölkerung nicht nur in ein erschreckendes Tief geraten, sondern daß das System in Frage gestellt ist. Die bislang als Bollwerk von Ruhe und Stabilität erscheinende DDR wurde von der Reformbewegung in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn rasch „infiziert“. Obwohl die DDR – wirtschaftlich gesehen – im kommunistischen Machtbereich unangefochten ihre Spitzenposition ausbaute, und sie, was Lebensstandard betrifft, an 20. Stelle in der Welt liegt – noch vor einigen westeuropäischen Staaten –, erschienen nun gravierende Mängel unerträglich.

So wurde der 40. Jahrestag der DDR nicht – wie geplant – zu einem Triumphtag des Regimes, sondern zur Einleitung seines Bankrotts. Über die in Ungarn nach Westen geöffnete Grenze sowie über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau flüchteten Zehntausende meist junger Menschen. In Leipzig, Dresden, Berlin und vielen anderen Orten begannen Hunderttausende für Reformen zu demonstrieren. Tiefes Mißtrauen sowie Abscheu gegenüber diesem Staat, in dem sie aufgewachsen sind, wurde so vor allem von jungen Menschen überdeutlich artikuliert.

Die Bevölkerung hat plötzlich ihre bisherige Angst vor dem Apparat abgelegt, die Menschen reden jetzt offen, schließen sich zusammen, lehnen die verhassten Machthaber das Fürchten und lehnen sich gegen die führende „allwissende, immer rechthabende, alles voraussehende“ SED auf.

Ablösung in zwei Phasen

Wenige Tage vor dem 40. Jahrestag sah sich die Honecker-Führung noch veranlaßt, Härte zu demonstrieren: Der freie Reiseverkehr in die ČSSR wurde gestoppt und die Bürger damit eingebunkert. Vielen Westberlinern und Westdeutschen wurde – vertragswidrig – der Zugang nach Ost-Berlin verweigert. Sonderzüge, die die Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau über DDR-Gebiet in die BRD fuhren, wurden auf ihrer Fahrt durch Großeinsätze der Sicherheitskräfte vor weiteren Fluchtwilligen abgeschirmt. Gegen die beginnenden Massendemonstra-

tionen unter Parolen wie „Wir bleiben hier“, „Wir sind das Volk“ und Sympathiebekundungen für den Hoffnungsträger Gorbatschow („Gorbi, hilf uns“) gingen die Sicherheitsorgane vielerorts mit großer Härte vor. Auf den Einsatz von Schußwaffen wurde jedoch verzichtet. Nach Darstellung des SED-Politbüro-Mitglieds Günter Schabowski soll Egon Krenz am 9. Oktober in Leipzig eine Einsatzweisung von Erich Honecker an die Sicherheitskräfte blockiert und damit „Schlimmstes verhütet“ haben. Ob Tatsache oder Legende wird sich zweifellos noch herausstellen.

Während Erich Honecker auf dem 40. Jahrestag noch eine Leistungsbilanz ableierte und dabei die Flüchtlinge und Demonstranten abqualifizierte, setzte der wichtigste Jubiläumsgast, Michail Gorbatschow, behutsam (ohne offenkundige Brückierung der SED), aber doch für die Bevölkerung verständlich, andere Akzente und äußerte Reformervwartungen. Massenflucht, Massendemonstrationen und Reformwünsche von Michail Gorbatschow erzwangen am 18. Oktober 1989 die Einleitung der Wende. Der bisherige Partei- und Staatschef Erich Honecker sowie die Politbüromitglieder Joachim Herrmann (verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit) und Günter Mittag (verantwortlich für die Wirtschaftsplanung) wurden entmachtet. Als Nachfolger von Honecker wurde Egon Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und am 24. Oktober 1989 auch zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates gewählt.

Obwohl Krenz als Zögling und Kronprinz von Erich Honecker und als unter Honecker für die Sicherheitspolitik verantwortliches Politbüromitglied stark belastet ist, trat er die Flucht nach vorn an und versuchte, sich mit dem Segen von Gorbatschow sogar an die Spitze der Bewegung zu setzen („Wir sind für radikale Reformen“). Er will offenkundig retten, was noch zu retten ist. Aber wie weit reicht sein Reformwille?

Ganz offensichtlich verlief die Geschichte des Umbruchs in der DDR in zwei Phasen. Die erste erstreckt sich vom 18. Oktober 1989 bis zum Beginn der Tagung des SED-Zentralkomitees am 7. November 1989, die zweite auf die Tage danach.

In der ersten Phase versuchte Krenz vor allem durch kleine Konzessionen die Führungsrolle zu behaupten:

- Ablösung belasteter, unflexibler, zum Teil überalterter Funktionäre. Schon vor der ZK-Tagung wurden fünf Mitglieder des SED-Politbüros (Hermann Axen, Kurt Hager, Erich Mielke, Erich Mückenberger und Alfred Neumann) abgelöst und auch die Rücktritte anderer Spitzenleute (so z. B. Gewerkschaftschef Harry Tisch, CDU-Vorsitzender Gerald Götting) bekanntgegeben.

- Inszenierung eines massenhaften Dialogs mit selbstkritischen Geständnissen der Funktionäre. Dabei sollte der

Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, Dampf abzulassen, und die Partei sollte Lernfähigkeit demonstrieren können. (Das Ausschwärmen von SED-Funktionären zum Dialog war dabei nicht neu. Schon nach dem 17. Juni 1953 und bei anderen – kleineren – Vertrauenskrisen war es erfolgreich praktiziert worden.)

- Zulassung einer offeneren Berichterstattung der Medien und die Tolerierung von Meinungsfreiheit;
- Einräumung von mehr Pluralität im politischen Leben durch Zubilligung größerer Eigenständigkeit der diskreditierten Blockparteien, der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen, aber noch ohne Infragestellung der Führungsrolle der SED und das Versprechen freier Wahlen;
- Anknüpfung eines Reisegesetzes sowie der Einführung einer Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit;
- Stärkere Anerkennung der Kirchen als letztlich ausgleichende und stabilisierende Kräfte.

In dieser ersten Phase bestand das *vordringliche Ziel* darin, die Demonstrationswelle zum Abklingen zu bringen. Andererseits gestattete es Krenz den DDR-Bürgern wieder, visafrei in die ČSSR einzureisen. Damit wurde – ebenfalls mit dem Ziel, Dampf abzulassen – eine Fluchtschleuse geöffnet. Als die Demonstrationswelle nicht abebbte und die Durchsetzung eines Demonstrationsverbots gewaltsame Auseinandersetzungen mit zweifelhaftem Ausgang heraufbeschworen hätte, versuchte die SED-Führung im sprichwörtlichen Sinne „Gute Miene zum bösen Spiel zu machen“ und demonstrierte einfach mit.

Die Konzessionen, die vor einem halben Jahr sicherlich noch beruhigend gewirkt hätten, reichten den Bürgern der DDR aber nicht mehr. Die Massendemonstrationen weiteten sich auf zahlreiche Städte aus und nahmen ungeahnte Ausmaße an. (Am 4. November demonstrierten in Ost-Berlin etwa 1 Million und am 6. November in Leipzig 500 000 DDR-Bürger.) Zwar demonstrierten auch da SED-Mitglieder mit, doch diese Demonstrationen hatten eindeutig einen revolutionären Charakter. Sie offenbarten Mißtrauen gegenüber dem „Reformeiferer“ Egon Krenz. Es gab Losungen wie „Weg mit allen Krenzen“ und vor allem die Forderung nach freien Wahlen. In der Leipziger Großdemonstration gab es ein Plakat „Gestern noch Bremser, heute schon Lokführer der Umgestaltung? Leipziger seid wachsam!“

Das am 6. November 1989 verkündete *Reisegesetz* erwies sich als totaler Mißgriff. Es wurde von der Bevölkerung nicht als Errungenschaft, sondern als Fortsetzung der Bevormundung angesehen. Sogar der zuständige Volkskammerausschuß lehnte diesen Entwurf sogleich als unzureichend ab.

Trotz der Ankündigung von halbherzigen Reformen verstärkte sich der *Flüchtlingsstrom* über die ČSSR. Das tiefe Mißtrauen ließ sich durch massenhaften Dialog und kleine Konzessionen nicht abbauen. Die Systemkrise vertiefte sich. Die SED-Führung stand mit dem Rücken zur

Wand, ihre Macht drohte völlig zu zerrinnen. Es zeigte sich, daß ein Beschwichtigungskurs mit Halbheiten nicht mehr durchsetzbar war. Am 7. November trat der Ministerrat der DDR und am 8. November das SED-Politbüro geschlossen zurück.

Konzessionen reichten nicht mehr

In der zweiten Phase – sie begann mit der Tagung des SED-Zentralkomitees – mußte die SED-Führung einen Sprung nach vorn machen. Das neugewählte SED-Politbüro wurde von 21 auf 11 Mitglieder verkleinert. Das Bemerkenswerteste daran war, daß der Dresdener SED-Betriebschef, *Hans Modrow*, der sich schon vor der Wende als Reformkommunist profiliert hatte, in das Politbüro gewählt und dann am 13. November von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Ministerrats berufen wurde. Einige der neugewählten SED-Politbüromitglieder (so *Hans Joachim Böhme*) wurden nach ihrer Wahl vom ZK von der Parteibasis zum Rücktritt gezwungen. Ein Signal der Erneuerung wurde das neue Politbüro kaum, eher schon die Regierungsbildung durch Modrow, der in seiner Regierungserklärung Kernpunkte des Aktionsprogramms, angereichert durch Forderungen aus den bisherigen Blockparteien, aufgriff. Entscheidend für die nächste Zeit wird sein, wieweit der von Modrow so sehr betonte neue Grundsatz, daß die Regierung allein der Volkskammer verantwortlich sei, realisiert wird, und damit eine Machtverschiebung vom Politbüro der SED und nach einer Verfassungsänderung auch vom Staatsrat zur Regierung stattfindet.

Das auf dieser ZK-Sitzung verabschiedete *Aktionsprogramm* enthält jedoch beachtenswerte reformkommunistische Ansätze. An einigen Stellen springt die SED-Führung über ihren Schatten und macht Konzessionen, die bislang als völlig undenkbar galten. Das Aktionsprogramm enthält die Zusage für ein neues Wahlgesetz, durch das „allgemeine, freie, demokratische und geheime Wahlen“ gewährleistet sein sollen. Weiter heißt es dort: „Wir sind für eine demokratische Koalitionsregierung. Wir befürworten das Wirken neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung und suchen einen Konsens mit ihnen. Wir sind für vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat, Kirche und Religionsgemeinschaften.“

Und: „Besonderes Gewicht erhalten die strikte Wahrung der Unabhängigkeit des Richters, umfassende Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsanwälte und die durchgreifende Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwaltes.“

Zur *Wirtschaftspolitik* wurde festgestellt: „Die Lage und die Perspektive des Sozialismus erfordern eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer umfassenden Wirtschaftsreform. Es geht um eine an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, die allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten Anreize für ökonomische Initiativen und hohe Leistungen bietet.“ Und schließlich wurde eine *erneuerte SED* gefor-

dert, in der eine schonungslose Selbstkritik, beginnend beim Zentralkomitee, entwickelt werden soll. Partei und Staat sollen entflochten werden. Neben dem Wahlgesetz wurden weitere Gesetze (über Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und ein Mediengesetz) angekündigt, eine Strafrechtsreform in Aussicht gestellt. Das eigentliche Ziel des Aktionsprogramms wurde nicht verschwiegen: „Einheitlich handelnd, wollen wir die politische Offensive wiedererlangen.“

Im Umfeld der ZK-Tagung zeigte sich aber, daß auch in die SED selbst Bewegung gekommen war. Die Basis forderte einen *Parteitag mit Neuwahlen der gesamten Führung*, der nun vom 15. bis 17. Dezember 1989 stattfinden soll. Einige Altkommunisten – für die jetzt eine Welt zusammengebrochen ist – begingen Selbstmord. Das wichtigste Signal nach der Tagung des SED-Zentralkomitees war jedoch die *Öffnung der Grenzen zur BRD und nach West-Berlin* am 9. November 1989. Offenbar glaubte die SED nur noch durch diesen spektakulären Schritt, wenn schon nicht Vertrauen zurückzugewinnen, so doch sich eine Atempause verschaffen zu können. So wurde der 9. November zu einem geschichtlichen Tag für ganz Deutschland. Die gesamte Entwicklung erhielt damit eine neue Dynamik. Aber ist sie mit der Öffnung der Grenzen und der Durchlöcherung der Berliner Mauer schon *unumkehrbar* geworden?

Über dem Freudentaumel des 9. November und der Tage danach sollte nicht vergessen werden, daß mit diesem gewaltigen „Sprung über seinen Schatten“ Krenz in die Offensive ging. Durch die Öffnung der Grenzen hoffte er die Massenflucht stoppen und sogar eine kleine Rückkehrbewegung erzeugen, die Demonstrationsflut eindämmen und auch von Bonn größere Zugeständnisse erwirken zu können. Und in der Tat: der Erfolg ist nicht ganz ausgeblieben. Die ca. drei Millionen DDR-Bürger, die nach dem 9. November nach dem Ausflug nach Berlin (West) oder in das Bundesgebiet zurückkehrten, sind ein Indiz dafür. Die *Bundesregierung* sieht sich jetzt in die Pflicht genommen, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR beizutragen, denn nur dadurch kann die Massenflucht in die Bundesrepublik mit ihren Folgeproblemen eingedämmt werden. Offenkundig gibt es zwischen den großen Parteien in der BRD in diesem Punkt Konsens: Lieber Hilfe in eine sich wandelnde DDR als Sozialleistungen für geflüchtete DDR-Bürger in der BRD.

Die Flucht nach vorn vom 9. November 1989 kann Krenz und der SED noch helfen, aus dem Tief allmählich herauszukommen, aber nur, wenn es gelingt, mit den sich nun eigenständig profilierenden Blockparteien zu einem auskömmlichen Verhältnis zu finden und die bisher verfassungsrechtlich fixierte Führungsrolle der SED aufzugeben und tatsächlich freie Wahlen – in absehbarer Zeit – stattfinden zu lassen. Doch sollte man sich *keine Illusionen* machen. Auch wenn Krenz bislang für unmöglich gehaltene Konzessionen machen mußte und es zeitweilig so schien, als liege die Macht bereits auf der Straße, so ist der

kommunistische Machtapparat zwar verunsichert und stark angeschlagen, auch von innerer Auszehrung bedroht, aber noch keineswegs in Auflösung. Und die schwachen, zersplitterten Oppositionskräfte besitzen weder Patentrezepte noch anerkannte und herausragende Führungspersönlichkeiten.

Die Reformbewegung in der DDR hat *nur langfristig gesehen* eine Chance. Und sie kann sich wohl nur unter Beteiligung aufgeschlossener Kräfte in der SED entwickeln. Überstürzte Entwicklungen oder gar Ausbrüche von Gewalt müßten Bremswirkungen auf den Reformprozeß haben oder gar zum großen Rückschlag führen.

Dennoch ist der jetzige Reformprozeß in der DDR wohl so lange nicht gefährdet, solange in *der Sowjetunion* Gorbatschow regiert. Dieser hat sich glaubwürdig von der Breschnew-Doktrin (begrenzte Souveränität der Blockstaaten) abgewandt und läßt den anderen kommunistischen Parteien Eigenständigkeit. Doch auch für Gorbatschow haben reformkommunistische Aktivitäten ihre Tabus, so die Anerkennung der gegebenen Staatsgrenze und das Verbleiben der DDR im Warschauer Pakt. Ein einseitiger Abzug der in der DDR stationierten Einheiten der Sowjetarmee sowie die Preisgabe der originären Siegerrechte und der Mitbeteiligung an der Viermächteverantwortung für Deutschland bleibt auch für die Sowjetunion unter Gorbatschow außer Betracht. Der Satz von Professor *Otto Reinhold* (Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) von Ende August 1989 „Die DDR ist nur als antifaschistischer, sozialistischer Staat denkbar, als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik Deutschland“ dürfte auch für die Sowjetunion weiterhin gültig und von ihr abgesegnet sein.

Die Schlüsselrolle der evangelischen Kirche

Aber selbst, wenn sich, wie ein Sprecher des Sowjetischen Außenministeriums erklärt hat, die Sowjetunion auch mit einer *nichtkommunistischen Regierung in der DDR* abfinden sollte, solange diese im Warschauer Pakt verbleibt, die Position von Gorbatschow in der Sowjetunion ist zwar in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt stabilisiert worden, doch sie ist noch keineswegs gesichert. Sein Reformwerk von „Glasnost“ und „Perestrojka“ geht einher mit einem Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung und einer beginnenden Inflation sowie mit einer Ausweitung der Nationalitätenkonflikte, die großrussisches Nationalgefühl tangieren. Eine Allianz von streikenden Arbeitern, unzufriedenen Funktionären und durch Abrüstungsinitiativen in ihrer gesellschaftlichen Stellung herabgedrückten Militärs wäre ein gefährliches Gemisch und könnte in einem Militärputsch enden. Dies hätte negative Rückwirkungen nicht nur auf den Reformprozeß in den Staaten des Warschauer Pakts, sondern wahrscheinlich auch auf die Weltpolitik.

Aus gegenwärtiger Sicht stehen allerdings die Aussichten der friedlichen Reformbewegung auf dauerhaften Erfolg

nicht schlecht. An diesem haben bisher *die Kirchen* einen beachtlichen Anteil. In den letzten Jahren machten auch sie selbst eine beachtliche Entwicklung durch. In dem Maße, wie sich der KSZE-Prozess entwickelte und die Sorgen der Kommunisten um die Akzeptanz bei der Bevölkerung zunahm, haben die Kirchen ihre Position stabilisiert und sich im gesellschaftlichen Feld zu engagieren begonnen.

Beim Start der Reformbewegung spielte zumindest die evangelische Kirche eine *Schlüsselrolle*. Das kann auch nicht überraschen. Denn obwohl nach heutigem Stand nicht einmal die Hälfte der DDR-Bewohner einer christlichen Kirche angehören (nach offiziellen Angaben gibt es in der DDR 4,5 Millionen evangelische und gut 1 Million katholische Christen) und wenngleich die Gesellschaft der DDR von einem a-religiösen Klima geprägt ist, die Kirchen sind dort neben der SED (und den Gewerkschaften) doch die größte und vor allem die gewichtigsten eigenständigen Organisationen. Reformwillige Kräfte in der evangelischen Kirche artikulierten schon in den letzten Jahren immer stärker gesellschaftliche Positionen und bemühten sich, wichtige Themenfelder originär zu besetzen, so z. B. die Umweltpolitik. Die evangelische Kirche wurde dabei Zufluchtsstätte nahezu aller aktiven Reformkräfte in der DDR. In kirchlichen Räumlichkeiten fanden und finden sich auch jetzt noch Kräfte ein, die eigentlich kirchenfremd bzw. gar atheistisch waren. Durch die Serien von Fürbittgottesdiensten und Protestveranstaltungen geriet die evangelische Kirche in ein neues politisches Spannungsfeld und wurde dabei selbst zu einem erstrangigen politischen Faktor. Ohne das schützende Dach der Kirche hätte sich die Reformbewegung in der DDR kaum sammeln und entwickeln können. Dies ist ein *historisches Verdienst der evangelischen Kirche* für den Start der Reformbewegung.

Sie hat aber auch großen unmittelbaren Anteil an den Ereignissen. Spätestens seit dem Beginn des Massenexodus haben Gremien und leitende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche sich regelmäßig mit Forderungen und Warnungen zu Wort gemeldet. Besonders eindrucksvoll geschah dies bereits in einem am 2. September 1989 verfaßten *Brief*. Im Namen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen wandte sich dann als der Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Landesbischof *Werner Leich*, an den Staats- und Parteichef Erich Honecker. Unmißverständlich wurde darin moniert, „daß von den Bürgern erwartete und längst überfällige Veränderungen in der Gesellschaft verweigert werden“. Sie (die Konferenz der Kirchenleitungen) „hält es für unabdingbar und dringlich, in unserem Land einen Prozeß in Gang zu setzen, der die mündige Beteiligung der Bürger an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens und eine produktive Diskussion der anstehenden Aufgaben in der Öffentlichkeit und Vertrauen zur Arbeit der staatlichen Organe ermöglicht“.

„Erneut und dringlich“ wurden gefordert:

– offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über die

Ursachen der Unzufriedenheit und der Fehlentwicklungen;

– Respektierung jedes Bürgers als mitverantwortlichen Partner anstelle der Bevormundung als Untergebene;

– wahrheitsgemäße und realistische Berichterstattung der Medien;

– Ermöglichung der Rückkehr aller ehemaligen DDR-Bürger, die in ein anderes Land übersiedelt sind.

Im gleichen Schreiben wurden alle DDR-Bürger aufgefordert, „in der Gemeinschaft zu bleiben und die DDR nicht zu verlassen“. Die Gesellschaft der DDR brauche jeden Menschen mit seinen Gaben und Fähigkeiten. „Sie verliert Vielfalt und unser Land wird ärmer, wenn Menschen sich zurückziehen und ausreisen. Jeder, der geht, läßt andere einsamer zurück.“ Die *Ausreisewilligen* werden vor Illusionen gewarnt: Manche Ausreisewilligen müßten sich fragen, an welchen Maßstäben sie ihre Lebensumstände und Lebenserwartungen messen. „Wir warnen vor der Illusion, daß höherer Wohlstand schon Lebenserfüllung bringt. Angesichts der bereits gerissenen unübersehbaren Lücken im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und in anderen Bereichen müssen wir daran erinnern, daß jeder Mensch nicht nur Verantwortung trägt für die Gestaltung seines eigenen Lebens, sondern Mitverantwortung hat für die Gemeinschaft, in die er hineingestellt wurde.“

Auch die Synode des evangelischen Kirchenbundes in der DDR, die am 20. September 1989 in Eisenach tagte, verlangte grundlegende Reformen, so eine „Öffnung der bisherigen politischen Strukturen“, „demokratische Parteilichkeit“, eine „pluralistische Medienpolitik“, „Freizügigkeit im Reiseverkehr und das Recht zur gewaltfreien Demonstration“.

Damals – kurz vor dem 40. Jahrestag der DDR (7. Oktober) und noch unter Honecker – reagierte die SED-Führung auf diese Reformforderungen mit harter Abweisung. In einem Kommentar des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ hieß es, die Beschlüsse der Kirchenversammlung seien in letzter Konsequenz ein Katalog von Maßnahmen, „um die DDR kapitalistisch und für die ‚Wiedervereinigung‘ sturmreif zu machen. Was den Feinden der DDR in 40 Jahren nicht gelungen sei, solle nun mit Reformen nachgeholt werden. Die staatlichen Betriebe seien nicht zu leistungsfähigen Kombinatenaufgebaut worden, damit in ihnen wieder die kapitalistische Ausbeutung eingeführt werde. Es wurde weiter erklärt, die „Parteilichkeit ohne Neonazis“ sei völlig ausreichend. Im übrigen wurde die Frage gestellt, was die Erklärungen der Kirchen überhaupt mit Kirchenangelegenheiten zu tun haben.

Als die SED durch die Entwicklung überrollt wurde, kam sie aber offenbar zu einer anderen Einschätzung. Sie weiß inzwischen, daß es für sie ohne die besonnene Haltung der Kirchen noch schlimmer würde. So hat Egon Krenz, gleich nach seiner Wahl zum SED-Chef, das Gespräch mit den Kirchen, das er früher gar nicht schätzte, gesucht.

Nach seiner Begegnung mit Krenz sagte Landesbischof

Leich, er traue es Krenz zu, den Unmut der Bevölkerung zu besänftigen und zu einem gemeinsamen Dialog mit allen Kräften zu kommen. Der Verlauf des Gesprächs machte deutlich, daß Krenz auf längere Sicht die Kirchen als kalkulierbaren Faktor in den Dialog, aber wohl auch in die Auseinandersetzung mit radikalen oppositionellen Gruppen einbeziehen will. Einverständnis hat offenbar darin bestanden, daß es in der gegenwärtigen Situation darum gehe, den Dialog nicht durch unbedachte Handlungen zu gefährden oder gar unmöglich zu machen.

Als dann durch die Öffnung der Grenzen am 9. November eine „neue Lage“ entstand, durch die sie überrascht wurde, forderte die evangelische Kirche in einer *Verlautbarung der Konferenz evangelischer Kirchenleitungen* (vgl. epd, 14.11.89) zwar von neuem freie Wahlen und „die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände“, hielt sich aber politisch auffallend zurück, indem sie die Devise ausgab, was immer nun geschehen möge, Gebete und Fürbittgottesdienste sei „der für uns Christen zuerst gebotene Einsatz“. Hinzugefügt wurde: „Damit der Geist der Angst, Vergeltung und Gewalt weder unter uns noch in der sich erneuernden Gesellschaft Raum gewinnt, bitten wir Gott um den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.“

Klares Wort der katholischen Bischöfe

Obwohl die katholische Kirche in der DDR politisch traditionell zurückhaltender war und sich lange auf pastorale Bestandsbewahrung konzentrierte, hat inzwischen auch bei ihr ein *Wandel* stattgefunden. Begonnen hat er schon Mitte der achtziger Jahre. Der gemeinsame Hirtenbrief der Bischöfe vom September 1986 (vgl. HK, Dezember 1986, 594 ff.), das Katholikentreffen in Dresden im Juli 1987 (vgl. HK, August 1987, 363 ff.) und die Ökumenische Versammlung über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die 1988 und 1989 dreimal tagte, (vgl. HK, Juni 1989, 249) bildeten wichtige Etappen einer erkennbaren Neuorientierung. Während des Umbruchs der letzten Monate sind die katholischen Bischöfe nicht minder fordernd und zugleich warnend aufgetreten als evangelische Kirchenvertreter. Die verschiedenen Bischofsverlautbarungen aus dieser Zeit (vgl. dazu HK, November 1989, 489 f.) fanden ihren bisherigen natürlichen Höhepunkt in einer *gemeinsamen „Erklärung“ der DDR-Bischöfe* vom 11. November (vgl. Wortlaut in KNA-Dokumentation, 11.11.89), die noch vor der Öffnung der Grenzen abgefaßt war, aber erst am Sonntag 12. November in den katholischen Kirchen der DDR verlesen werden konnte. Darin rufen die Bischöfe „alle katholischen Christen auf, sich am gesellschaftlichen Prozeß der Veränderung zu beteiligen“. Die Aufgabe der Christen in der Welt sowohl einzeln wie gemeinschaftlich bestehe darin, „die *Pflicht zur politischen Verantwortung* wahrzunehmen: durch Entscheidungen, die zu fällen sind; durch Programme, die aufzustellen sind; durch Aktionen, die durchzuführen sind ...“ Zugleich klärten die Bischöfe da-

mit ihre *eigene Position*: „Wir Bischöfe sehen es als eine uns aus unserem Dienstamt erwachsene Aufgabe an, zur politischen Wirklichkeit Stellung zu nehmen; nicht nur wenn kirchliche und religiöse Fragen zur Debatte stehen, sondern wenn es um die Würde und die fundamentalen Rechte der Menschen geht, um das Gemeinwohl und die soziale Gerechtigkeit ...“

Die *inhaltlichen Forderungen* wurden zwar in Fragen gekleidet, aber deutlich angesprochen: „Wer angesichts der verfahrenen Situation zu einem ernstgemeinten Umbau der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft beitragen will, wird sich und seinen Mitmenschen, der SED und den Blockparteien Fragen stellen müssen: Läßt sich tatsächlich eine Wende zum Besseren verwirklichen, wenn die SED ihren Führungsanspruch aus ihrer Ideologie und nicht aus dem Willen des Volkes, aus freien und geheimen und nicht manipulierten Wahlen ableitet? Können die Wirtschaft, die Wissenschaft, das Bildungswesen und auch die Verwaltungen effektiv arbeiten, wenn Parteizugehörigkeit und nicht das Wissen und Können für die Übernahme leitender Verantwortung maßgebend ist? Können die Kinder und Jugendlichen wirklich zu freien und mündigen Bürgern heranwachsen, wenn die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus sich einen absoluten Wahrheitsanspruch anmaßt und diesen in den Lehr- und Ausbildungsplänen durchzusetzen sucht? Kann es wirklich einen Frieden im Inneren des Landes geben, wenn er sich vor allem auf die Organe der Staatssicherheit und der Kampfgruppen in den Betrieben stützt und nicht auf eine Ordnung, die sich die Bürger in Freiheit selbst gegeben haben? Wird die Ausreiseflut tatsächlich zu stoppen sein, wenn die neue Reiseregelung den Menschen zum Objekt administrativer Entscheidungen durch die Deutsche Volkspolizei macht?“

Dem folgte ein eindringlicher *Aufruf zum Bleiben*: „Durch den Weggang vieler Menschen, auch katholischer Christen, ist in vielen Lebensbereichen eine Notlage entstanden, vor allem im Bereich des Gesundheitswesens, nicht zuletzt auch in unseren karitativen Einrichtungen. Unbeschadet des Rechts auf Freizügigkeit bitten wir dennoch jeden einzelnen zu prüfen, welche Pflicht er gegenüber dem Nächsten durch die entstandene Lage hat. Wer sich mit der Absicht trägt, das Land zu verlassen, möge sich vor Gott und seinem Gewissen prüfen, ob sein Schritt gerechtfertigt ist. Und wer das Land verlassen hat, soll sich ernstlich fragen, ob er nicht zurückkehren will angesichts sich verändernder politischer Verhältnisse und ob er nicht seinen Beitrag zu der notwendigen Veränderung leisten will.“

Gestärktes Selbstbewußtsein der Christen

Die jetzige Entwicklung bringt zweifellos nicht nur die Kirchen in der DDR näher zueinander, auch das *Selbstbewußtsein der Christen* wird gestärkt. Sie fühlen sich

nicht mehr als Staatsbürger zweiter Klasse, sie treten mutiger auf, sie haben die Resignation überwunden und artikulieren, wo immer es möglich ist, freimütig ihre Interessen. Aber nicht zu übersehen ist auch: Die *meisten Reformgruppen in der DDR*, die in den vergangenen Jahren vielfach das schützende Dach der evangelischen Kirche gesucht haben, profilieren sich nun eigenständig. Sie halten, da sie meist a- oder antireligiös geprägt sind, auf Distanz zur Kirche. Dies ist ehrlich und auch verständlich. Das Gründungsmitglied der Oppositionsgruppe „Neues Forum“, *Jens Reich*, äußerte sich Mitte September 1989 dahingehend, daß das „Neue Forum“ – trotz mancher großer Ähnlichkeiten mit den Zielen und Forderungen kirchennaher Bürgerrechtler – mit den Kirchenführungen nichts zu tun haben wolle, denn viele Menschen in der DDR besäßen Berührungängste gegenüber den Kirchen, die ihnen genauso fern ständen wie der Parteiapparat.

Während noch keineswegs klar ist, welche Rolle und welches politische Gewicht die verschiedenen Reformgruppen und -grüppchen auf Dauer spielen bzw. erlangen, gilt es eben als ausgemacht, daß die Kirchen im Reformprozeß auch für absehbare Zeit noch eine wichtige Funktion behalten. Sie werden vermutlich auch noch als Vermittler gebraucht werden. Immerhin besitzen sie eine festgefügte, intakte Infrastruktur mit disziplinierten Mitarbeitern und qualifizierten „Kadern“. Dabei werden die

Kirchen, die katholische wie die evangelische, nicht nachlassen, die Beseitigung der vielfältigen Diskriminierungen von Christen, vor allem im Bildungswesen zu fordern. Ein erstes Gespräch von Vertretern des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR im Ministerium für Volksbildung soll einigermaßen verheißungsvoll verlaufen sein. Daß Partei und Regierung das besondere Gewicht der Kirchen sehen, zeigt auch die Tatsache, daß dem neuen Vorsitzenden der DDR-CDU, *Lothar de Mazière*, als einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten das Kirchenressort übertragen wurde. Aber wenn die Kirchen als die gewichtigsten eigenständigen Organisationen sich auch einschalten und Forderungen stellen können, so besitzen doch auch sie keine Patentrezepte zur Lösung der Probleme. Auch ist nicht zu übersehen, daß ihre *Resonanz in der Bevölkerung* der DDR als religiöse Autorität begrenzt ist. Das gesellschaftliche Klima in der DDR ist insgesamt areligiös geprägt. Dies ist keineswegs nur das Ergebnis jahrzehntelanger atheistischer Propaganda, sondern in erheblichem Maße auf den auch in der DDR voranschreitenden Säkularisierungsprozeß zurückzuführen. Wenn die Kirchen auch einen entscheidenden Anteil an der Einleitung des Reformprozesses haben und wesentliche Forderungen von ihnen jetzt verwirklicht werden, mit ihrem Werben, die Leute möchten im Lande bleiben, haben vor allen bei den jungen Menschen auch sie nur mäßige Resonanz gefunden. *Herbert Prauß*

„Bemüht euch um das Wohl der Stadt ...“

Fragen zu Kirche und Großstadt am Beispiel Frankfurt an Bischof Franz Kamphaus

Kirche in der Großstadt? Am Beispiel Frankfurt sprachen wir darüber mit dem Bischof von Limburg, Franz Kamphaus. Denkt die Kirche in Theorie und Praxis noch zu sehr in ländlichen Kategorien? Wie kann Kirche im großstädtischen Raum eine Art „Passantenpastoral“ entwickeln? Welche Rolle kommt dabei – seelsorglich und diakonisch – den Gemeinden zu, und was muß übergemeindlich gestaltet werden? Wie kommt es zu einer „einladenden“ Vernetzung unterschiedlicher Initiativen, und wie könnten Kirche, Gruppen und neue geistliche Bewegungen und Orden dabei behilflich sein? Die Fragen stellten Klaus Nientiedt und David Seeber.

HK: Herr Bischof, Limburg ist – nach Eichstätt – die idyllischste Bischofsresidenz in Deutschland. Zugleich dürfte Limburg mit dem Großraum Frankfurt und von ihrer Siedlungs-, Sozial- und Kommunikationsstruktur her eine der seelsorglich schwierigsten Diözesen sein. Wie spannungsreich spiegelt sich eigentlich diese Struktur der Diözese in Organisation und Konzeption der Seelsorge wider?

Kamphaus: In der Tat, die Spannung zwischen dem städtischen Großraum Frankfurt und dem Westerwald mit seiner dörflichen Struktur ist enorm. Für das Bistum als ganzes ist sie jedoch auch ein Gewinn. Hätten wir nur den Großraum Frankfurt, es würde etwas fehlen. Eine Monokultur gilt ja nicht als besonders fruchtbar und beständig. Die Spannung zwischen großstädtischer und dörflicher Lebenskultur und der Austausch an Ideen und Personal ist sicher eine Bereicherung für die Gesamtpastoral. Im übrigen bilden die beiden Großstädte Frankfurt und Wiesbaden nur zwei von insgesamt elf Seelsorgsbezirken der Diözese. Diese Struktur hat sich als Antwort auf die regionalen Verschiedenheiten bewährt. In ihren Bezirksämtern haben die Bezirke das Instrumentarium, um eigenständig eine auf die Situation der Region zugeschnittene Pastoral zu ermöglichen. Das Seelsorgepersonal ist durch verschiedene Dienstkonferenzen auch über die Bezirke miteinander in Kontakt. Im Bereich der synodalen Gremien sind es der Diözesansynodalrat und die Diözesanversammlung, die die Bezirke miteinander verklammern.